67. Jahrgang Nr. 537

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Dienstag, 11. November 1919

Der Metallarbeiterstreik beendet!

Sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Der Deutsche Metallarbeiterverband teilt uns mit:

„Die in den Betrieben vorgenommene Urabstimmung hat ergeben, daß die statutarische Voraussetzung für die Weiterführung des Streiks nicht mehr gegeben ist. Durch die Abstimmung ist die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen worden. Entsprechend dieser Urabstimmung hat die Fünfzehnerkommission beschlossen: Der Streik wird für beendet erklärt. — Das genaue Zahlenmaterial über die Abstimmung wird noch bekannt gegeben.

In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme besteht, können die Arbeiter am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufnehmen. Wir ersuchen alle Streikleitungen, sich mit ihren Arbeitgebern bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung zu setzen.

Da uns von verschiedenen Seiten beabsichtigte und schon eingetretene Maßregelungen gemeldet werden, ersuchen wir die Obleute bzw. Streikleitungen uns von jedem Falle der Maßregelung unter kurzer klarer Schilderung der Sachlage schriftlich Meldung zu erstatten."

Die Wahlen in Oberschlesien.

Der Oberste Rat will sie nicht anerkennen.

Paris, 10. November. (Havas.)

Der Oberste Rat beschloß, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß die Wahlen in Oberschlesien von den Alliierten als null und nichtig betrachtet würden, da sie der Freiheit der Volksabstimmung zuwiderliefen.

*

Der Rat stimmte dem Entwurf einer ablehnenden Antwort auf die deutsche Note betreffend Eupen und Malmedy, wo die Deutschen eine Volksabstimmung durchgeführt haben, zu und beschloß, den Feldmarschall v. Mackensen, der sich gegenwärtig in Galizien befindet, mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine Gesundheit, nach Deutschland heimkehren zu lassen.

*

Die deutsche Regierung wird zu dem Beschluß des Obersten Rates Stellung nehmen müssen, wenn die Meldung in der vorstehenden Form zutreffen sollte. Denn der Protest der Alliierten ist selbst mit den Paragraphen des Friedensvertrages von Versailles nicht zu rechtfertigen. Denn dort ist ausdrücklich festgelegt, daß nur während der Uebergangsperiode, die „nach Inkrafttreten des Vertrages" beginnen soll, von deutscher und politischer Seite jede politische Handlung zu unterlassen sei. Da der Vertrag aber noch nicht ratifiziert ist, so entfällt den Alliierten jeglicher Rechtsboden (wenn davon überhaupt geredet werden kann) für ihre Haltung. Die Wahlen in Oberschlesien stellen lediglich den Abschluß der allgemeinen deutschen Provinziallandtags-, Kreis- und Gemeindewahlen dar; von „Treibereien" irgendwelcher Art kann also gar keine Rede sein.

Die Bekämpfung der Schieberei.

Keine Maßnahmen im besetzten Gebiet.

Köln, 11. November.

Laut einer Verfügung der britischen Paßbehörde muß fortan den Anträgen auf Verleihung eines Dauerpasses eine beglaubigte Unterlage beigefügt werden, aus der hervorgeht, daß die Verleihung für gesetzlich erlaubte Handelszwecke erfolgt.

Kardinal v. Hartmann †

Köln, 11. November. (Privat.)

Kardinalerzbischof Felix v. Hartmann ist heute nacht gegen 2 Uhr gestorben. Mit ihm ist einer der weitgenannten deutschen Kirchenfürsten dahingegangen. Felix v. Hartmann wurde am 15. Dezember 1851 in Münster in Westfalen geboren. Er entstammt einer alten preußischen Juristenfamilie. Im Jahre 1874 zum Priester geweiht, wurde Hartmann 1880 Kaplan, 1905 Generalvikar von Münster, 1911 Bischof von Münster, 1912 Erzbischof von Köln und 1914 Kardinal. Er ist politisch wenig hervorgetreten. Seiner Gesinnung nach war er ein ausgesprochener Monarchist. In der Sozialpolitik der Kirche hielt der Kardinal ursprünglich an den strengkonfessionellen Vereinen fest. Erst in den letzten Jahren seines Lebens erkannte er die Bedeutung der gemischt-christlichen Gewerkschaften an. Als der Krieg ausbrach, betätigte sich Kardinal Hartmann vor allem in der Frage der Gefangenenfürsorge und Kriegsbäckerei. Bei den Franzosen, die ihm seinen Besuch in Lyon und seine Differenzen mit dem belgischen Kardinal Mercier verargten, war er unbeliebt. In seinem Erzbistum dagegen erfreute sich der repräsentative, aber auch sehr wohltätige Mann, der größten Hochachtung und Liebe. In der Frage der rheinischen Loslösungsbestrebungen hat er eine nationale Haltung bewahrt.

Neuwerfeler für Haase im Reichstag. Vom Präsidium der Nationalversammlung wird dem „Vorwärts" mitgeteilt: „Die Tatsache, daß Haase auf dem Wege zum Reichstag, um dort eine große Rede zu halten, im direkten Bereich des Reichstagsgebäudes durch ein Attentat den Tod fand, rechtfertigt ausnahmsweise eine Trauerfeier im Plenarsaal des Reichstags, aber nur unter Zulassung von Deputationen. Dieser Gedenkakt findet im Sitzungssaal des Reichstags am Donnerstag vormittag 10 Uhr statt.

Der Fall Helfenhafe. Herr Hans Hiller, der im Fall Helfenhafe angeklagte ehemalige Kompagnieführer, schreibt uns: „In bezug auf den in Ihrem geschätzten Blatt erschienenen Artikel über den Fall Helfenhafe bedarf es ich mich Ihnen ganz ergebenst mitzuteilen, daß ich das Militärgericht um möglichste Beschleunigung des gegen mich schwebenden Verfahrens ersucht habe und daß mir dies zugesagt ist."

Generalstreik in Frankreich?

Gegen die Intervention in Rußland.

Paris, 10. November. (Havas.)

Der Hauptausschuß des Gewerkschaftsbundes des Seinedepartements hat mit 61 gegen 41 Stimmen der Annahme eines Antrages zugunsten eines politischen Generalstreiks zwecks Protestes gegen jede Intervention Frankreichs in Rußland zugestimmt.

London, 11. November. (Reuter.)

Unterhaus: Bottomley fragte, ob die Bezugnahme Lloyd Georges auf Rußland in seiner Rede in der Guild Hall am 8. November bedeute, daß man willens sei, mit Lenin und Trotzki Verhandlungen anzuknüpfen. Bonar Law antwortete, es bestehe nicht die sofortige Absicht, etwas Derartiges zu tun, und es würden keinerlei derartige Schritte unternommen werden, ehe der Feind volle Gelegenheit zur Diskussion gehabt habe. In der Rede habe Lloyd George einfach die Hoffnung ausgedrückt, daß es einen Weg zur Erlangung des Friedens in Rußland geben werde. In London nimmt man allgemein an, daß Lloyd George keinen Augenblick daran gedacht habe, Verhandlungen mit den Bolschewisten vorzuschlagen.

Friedensbereitschaft der russischen Randstaaten.

Verhandlungen mit der Sowjetregierung.

Versailles, 10. November.

Wie „Echo de Paris" mitteilt, liegen Nachrichten aus Helsingfors vor, daß die Regierungen von Estland, Lettland und Litauen bereit seien, die Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten wieder aufzunehmen. Die Vertreter der Volkskommissare von Moskau würden mit den Vertretern der drei Länder am 15. November in Dorpa zusammentreffen.

Tschernikow von den Bolschewisten genommen.

Amsterdam, 11. November. (K. A.)

Ein trostloser Bericht der Bolschewisten teilt mit, daß diese Tschernikow dem General Denikin entrissen haben.

Helsingfors, 11. November.

Wie aus Jekaterinburg gemeldet wird, ist dort eine Angahl bolschewistischer Kommissare eingetroffen, die die Uebersiedelung der Zentralleitung in Moskau nach Jekaterinburg für den Fall vorbereiten, daß Moskau durch Denikin unmittelbar bedroht wird.

Helsingfors, 11. November. (Havas.)

Die Bolschewisten fünden die Veröffentlichung eines Dekretes an, das eine Amnestie für gewisse politische und kriminelle Gefangene enthält.

Der baltische Krieg.

Helsingfors, 11. November.

Nach einer Meldung aus Riga haben die Letten unter dem Feuerschutz der Entenflotte den Ausfluß bei Pinkenhof überschritten. Die russischen Truppen gingen unter Zurücklassung von Gefangenen und Maschinengewehren zurück.

*

Die Ententemissionen für das Baltikum, die seit einigen Tagen unter Führung des französischen Generals Niessel sich in Berlin aufhält und hier Informationen einholte, wird nunmehr, wie wir hören, heute oder morgen nach dem Baltikum abreisen, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen. Die Fahrt wird über Libau zunächst nach Lauzargen gehen; von dort aus sollen Besichtigungen der Gegend nach Lage der Dinge unternommen werden.

Die neuen Entenieforderungen.

Die Reichsregierung nimmt heute Stellung.

Berlin, 11. November. (K. A.)

Die Reichsregierung hat während der letzten Tage Gutachten von Sachverständigen zu der Note der Entente über die Nichterfüllung des Waffenstillstandsvertrages eingefordert, namentlich auch über die Frage, ob wir überhaupt noch im Besitz von 400 000 Tonnen an Baggern, Docks u. dgl. sind. Da diese Gutachten nunmehr vorliegen wird das Reichskabinett heute zu der Ententenote Stellung nehmen.

Palastreden.

Was Poincaré in London erzählt.

London, 11. November.

Zu Beantwortung eines Trinkspruches des Königs Georg im Buckingham-Palast sagte Poincaré: Er möchte zunächst an den freundlichen Empfang erinnern, der ihm im Jahre 1913 hier zuteil wurde. Inzwischen habe die Welt Umwälzungen durchgemacht, die so tiefgreifend gewesen seien, daß sonst Jahrhunderte erst sie vollbracht haben würden. Millionen von Menschenleben seien geopfert worden in einem Kriege, den England und Frankreich hätten vermeiden wollen. Anläßlich des Besuches im Jahre 1913 sei festgestellt worden, daß die beiden Mächte in loyalem Zusammenarbeiten die bedrohlichen Fragen des Orients, die damals auf der Welt lasteten, zu lösen sich bestrebten. Poincaré sagte dann weiter, daß Großbritannien und Frankreich unermüdlich dahin wirkten, daß auf dem Balkan die Feindseligkeiten nicht wieder ausbrachen oder sich ausdehnten. Der Präsident versprach, daß Frankreich sich bemühen werde, mitzuwirken an der Aufrechterhaltung des harmonischen Zusammenlebens der europäischen Staaten. Heute sei der Beweis erbracht, daß Frankreich sein Wort gehalten habe. An der Seite England habe es dafür gesorgt, daß der letzte Rest des Brandes erstickt wurde. Aber die mysteriöse Tat von Serajewo habe den Leitern der Zentralmächte einen Vorwand geliefert, um die harmonische Einigung zu durchkreuzen.

U-Krieg im U-Ausschuß.

Die Fortsetzung der Verhandlungen.

Im Untersuchungsausschuß des Untersuchungsausschusses gingen heute morgen die Verhandlungen über die technische Seite des U-Boot-Krieges weiter. Der frühere Staatssekretär v. Capelle verbreitete sich ausführlich über die technische Seite des U-Boot-Krieges. Er verwahrte die Vorwürfe des demokratischen Abgeordneten Dr. Struve zu entkräften, daß er den U-Boot-Bau gehemmt und sein großzügiges U-Boot-Programm 1916 entwickelt habe. Capelle beruft sich auf den Kriegswirtschaftsplan, der die Verteilung der Aufträge für U-Boote, Minensuchboote usw. auf die einzelnen Werften vorsah. Ein U-Geplänkel zwischen Bethmann Hollweg und Capelle nahm folgenden Verlauf:

Vors. Warmuth: Staatssekretär v. Capelle behauptet, daß politische Gründe ihn abgehalten hätten, 1916 mehr U-Boote zu bauen.

v. Bethmann Hollweg: Was soll ich dazu sagen? Meine allgemeine Stellung zum U-Boot-Krieg war Herrn v. Capelle bekannt. Diese Stellung hatte in der „Sussex"-Note ihren Ausdruck gefunden. Wenn Staatssekretär v. Capelle daraus den Schluß gezogen hat, daß es mir durchaus erwünscht war, um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg herumzukommen, so hat er durchaus richtige Schlüsse gezogen.

Vors.: Diese Antwort deckt nicht die Frage. Die Frage ist, ob die Weigerung der Reichsleitung, den U-Boot-Krieg zu führen, von Einfluß gewesen ist auf den U-Boot-Bau, d. h. ob Einwirkungen in dieser Richtung stattgefunden haben.

v. Bethmann Hollweg: Das ist in keiner Weise geschehen. Ich habe damals mit Capelle über U-Boot-Bauten überhaupt nicht gesprochen. Die Schlüsse, die er aus der politischen Lage auf die Baupolitik gezogen hat, sind seine eigenen Angelegenheiten.

v. Capelle: Alles war gegen den U-Boot-Krieg. Da wäre es deplaciert gewesen, ein großzügiges U-Boot-Bauprogramm zu entwerfen. Es wurde allgemein abgeleugnet: Kirpitz war vorgeworfen, daß er Politik auf eigene Faust gemacht habe. Ich wäre in denselben Fehler verfallen, wenn ich nach diesen Vorgängen ein großzügiges U-Boot-Bauprogramm entworfen und ausgeführt hätte.

Abg. Gothein: Nach dem Demobilmachungsplan hatte die Germaniawerft in Kiel sofort zwölf U-Boote zu bauen. Davon ist die Hälfte sofort gestrichen worden.

Kapitän Bartenbach: Die Germaniawerft war noch mit Friedensaufträgen im Rückstand. Sie konnte nicht mehr als sechs Boote bauen; die anderen sechs fielen nicht aus, sondern wurden der Weserwerft übergeben. Die Gesamtzahl blieb also unverändert.

Abg. Gothein: Das geschah aber erst im Oktober.

Kapitän Bartenbach: Eine Verzögerung um einige Wochen ist allerdings entstanden.

Abg. Gothein: Auch die anderen Werften sind nur ganz allmählich und stillweise erst recht spät zum U-Boot-Bau herangezogen worden.

v. Capelle: Ein Teil der Werften baute U-Boote, die anderen Minensuchboote. Den Werften sind neue Typen nicht aufgezwungen worden, sie hätten sich gewehrt dagegen gesträubt.

Kapitän Bartenbach: Es ist kein Vorteil, sondern ein Nachteil, wenn neue Werften zugezogen werden müssen, weil sie dann erst Erfahrungen sammeln müssen. Es kommt nur darauf an, wie viel U-Boote im ganzen gebaut werden.

Abg. Gothein: Herr v. Capelle erklärte, es sei nach der ganzen politischen Lage unmöglich gewesen, ein großzügiges U-Boot-Bauprogramm aufzustellen, weil alle politischen Parteien, außer den Sozialdemokraten, für den U-Boot-Krieg waren. Von der Fortschrittlichen Volkspartei ist keine nennenswerte Organisation dafür eingetreten. Im Haushaltsausschuß haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

v. Capelle: Ich habe erklärt: Ich kann mich nicht zu der Ueberzeugung durchringen, daß ein sechsmonatlicher U-Boot-Krieg mit vielleicht gerade ausreichenden, aber keineswegs reichlichen Kräften genügen wird, um England zum Frieden zu zwingen. Dazu gehört doch noch mehr.

Abg. Gothein: Es ist interessant, daß Herr v. Capelle die Rede jetzt beziehen kann, die in den Reichstagsakten nicht vorhanden ist. Ist ihm in Erinnerung, daß als Folge seiner Rede ein so entschiedener Anhänger des U-Boot-Krieges, wie der Abgeordnete Erber, zum Verzicht auf den Krieg in dieser Situation gekommen ist?

v. Capelle: Ich habe erst vor zwei Tagen gehört, daß meine damalige Rede nicht amtlich stenographiert worden ist, sondern vom Kapitän v. Gohren. Ich glaubte, sie wäre in den Akten des Reichstags, denn ich habe ja selbst das größte persönliche Interesse daran.

Abg. Gothein: Das Reichstagsbureau hat wiederholtbersucht, die Rede vom Reichsmarineamt zu erhalten; sie wurde aber nicht abgeliefert.

v. Capelle: Das ist niemals zu meiner Kenntnis gekommen. Der Rede Gröders entnime ich mich genau. Ich war außerordentlich erstaunt, daß ich gefragt haben sollte, wir hätten nicht genügend U-Boote, um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg zu führen. Es liegt beim U-Boot-Krieg anders als beim Landkrieg. Beim Landkrieg bin ich auf ein bestimmtes Maß von Kräften angewiesen. Beim rücksichtslosen U-Boot-Krieg nicht, den kann ich mit wenig oder viel Booten anfangen. Es bestand ja eine Strömung in Marinekreisen, mit Tirpitz an der Spitze, die der Ansicht war, daß unsere Zahl an U-Booten voll und ganz ausreichte. Sie hätte also durchaus ausgereicht, um den U-Boot-Krieg anzufangen, etwas anderes ist es um den Erfolg, um den Effekt. (Heiterkeit.) In einer englischen Broschüre von Conan Doyle, die meisterhaft den U-Boot-Krieg schildert, wird der Erfolg mit acht U-Booten erzielt. (Lachen.)

Frankreich feiert nicht. Aus Paris wird gemeldet, daß der Jahrestag des Waffenstillstandes in Frankreich nicht offiziell gefeiert wird.

Um die neue Internationale. Aus Zürich wird gemeldet: Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Partei der Schweiz ermächtigt die Geschäftsleitung, mit den